

3284/J XXI.GP

Eingelangt am: 22.01.2002

ANFRAGE

der Abgeordneten Dr. Gabriela Moser, Freundinnen und Freunde

an den Bundesminister für Finanzen

betreffend Verschleuderung von Staatsbesitz und Verunsicherung von mehr als 60.000 Mieterinnen in Bundeswohnungen

Auf Initiative des offensichtlich neben budgetären Notwendigkeiten auch Überlegungen des Finanzanlagekapitals mitberücksichtigenden Finanzministers hat die rechtskonservative Parlamentsmehrheit legislative Verschlechterungen im WGG-Bericht bewirkt. Offensichtlich ist man bereit, frühkapitalistische Mietkonditionen in Kauf zu nehmen bzw sogar herbeizuführen. Es wurde zwar vorgegeben, Eigentumsbildung in Mieterhand zu forcieren. Die Grünen haben mehrfach die gegenteilige Absicht aufgezeigt. Wie aus der jüngsten Handelsgerichtsentscheidung zu entnehmen ist, wurden für die Mieter gesetzeswidrige Kaufkonditionen formuliert. Ferner wurden überhöhte Vergleichspreise bekannt gegeben. Sogar in regierungsfreundlichen Medien wurde das als "Hürde für Kaufwillige" bezeichnet. Auf all das haben die Grünen bereits mehrfach hingewiesen. Auch darauf, dass es nach allgemeinen westeuropäischen wirtschaftsethischen Grundsätzen unvereinbar wäre, dass ein Liegenschaftsmakler Funktionen in solchen Gesellschaften ausübt bzw versitzender einer staatlichen Arbeitsgruppe ist, die Verkaufs Variante n für den Finanzminister erarbeitet. Dieser Kärntner Grundstückshändler (Karl Plech) soll außerdem auch FPÖ-Sympathisant sein.

Jüngsten Presseinformationen des BMF ist zu entnehmen, dass die Veräußerungsvarianten des "Deals" nach wie vor offen sind: Verkauf einzelner Gesellschaften, Verkauf aller Gesellschaften, Verkauf einzelner Gebäudeeinheiten, Verkauf an die BIG? Ungeachtet EU-notwendiger objektiver Veräußerungsverfahren melden sich in den Medien ungeniert mögliche Interessenten und diskutieren die "Deals" (Scharinger, Petrikovic, etc).

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgende

ANFRAGE:

1. Wie wird die vom Handelsgericht Wien festgestellte rechtliche falsche Mieterinformation richtiggestellt?
2. Erfolgt aufgrund dieser unrichtigen Vorgangsweise eine Verlängerung der Antragsfrist für Kaufwerber?
3. In welcher Form wird veräußert werden -
 - a) einzelne Gesellschaften?
 - b) alle Gesellschaften?
 - c) bauwerksweise?
 - d) an die BIG?
4. Um wie viele Einheiten handelt es sich jeweils und wie hoch ist deren Schätzwert?
5. Zu welchen Preisen bzw Preisgrundsätzen (jeweils zu 3 a) bis d)) wird veräußert werden?
6. Wo und wann wird ausgeschrieben?
7. Welche Gespräche sind mit welchen Kaufinteressen bereits geführt worden?
8. Vom Finanzminister selbst wird offensichtlich als "geringeres Übel" eine "österreichische Lösung" angesehen. Wie wollen Sie diese angesichts des internationalen Ausschreibungserfordernisses erreichen bzw sicherstellen?
9. Wie lange ist der Grundstückshändler und FPÖ-Sympathisant Karl Plech noch als AR-Vorsitzender in BUWOG und WAG vertretbar?
10. Wie lange noch als Vorsitzender der Arbeitsgruppe?
11. Wer ist neben Plech noch Mitglied der Arbeitsgruppe?
12. Planen Sie bzw die rechtskonservative Regierungsmehrheit noch weitere Verschlechterungen im WGG, die durch eine "Ertragswertverbesserung" die Kaufanreize für sogenannte "Investoren" noch weiter verbessern?